HINTERGRUND

Rating-Agenturen haben total versagt

Hartmut Koschyk (MdB), seit Beginn dieser Legislaturperiode Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, warb mit einem eindringlichen Appell an den deutschen Mittelstand in einem Gespräch mit BDS-Vizepräsident Hans-Peter Murmann und Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer für die Griechenlandpolitik der Bundesregierung und seines Ministeriums.

Wenn Griechenland seine Hausaufgaben mache, könne es bereits mittelfristig wieder Primärüberschüsse erzielen, so die Einschätzung des CSU-Politikers. Länder in Asien und Lateinamerika hätten vor 20 beziehungsweise zehn Jahren bewiesen, dass man sich auch unter harten Auflagen aus der Finanzkrise im wahrsten Sinne des Wortes „herausarbeiten" könne. Allerdings gelte es, die Eigenanstrengungen der Griechen einzufordern, gleichzeitig aber auch Solidarität mit dem Land zu üben. Deshalb habe man eine Delegation aus dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesverband der Deutschen Industrie nach Griechenland entsandt, um auszuloten, wie man durch ein zielorientiertes Engagement der deutschen Wirtschaft, durch Investitionen und wachstumsfördernde Maßnahmen den Hellenen helfen könne, „wieder auf die Füße zu kommen". Der Parlamentarische Staatssekretär Hartmut Koschyk widersprach in diesem Zusammenhang dem Chef der Commerzbank, Martin Blessing, der sich für eine Umschuldung Griechenlands ausgesprochen hatte.

Er erinnerte in seinen Ausführungen an die Situation in Deutschland vor fünf Jahren. Seinerzeit sei das Land Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa gewesen. Heute sei man durch eine kluge Politik Spitzenreiter in der EU. „Deutschland ist das beste Beispiel dafür, dass man Wachstum und Schuldenabbau miteinander klug verbinden kann", so Koschyk.

Mit der Verfassung im Einklang

Einen Verstoß gegen die sogenannte No-bail-out-Klausel, die Währungsstabilität gewährleisten soll und besagt, dass kein Staat einen anderen aus einer selbst verschuldeten finanziellen Schieflage retten darf, sieht Hartmut Koschyk nicht. Alles, was zur Stabilisierung der gemeinsamen europäischen Währung auf den Weg gebracht worden sei, stehe mit nationalem Verfassungsrecht in Einklang. Insofern bewege man sich im verfassungsmäßigen Rahmen und innerhalb der europäischen Rechtsordnung. Durch den Stabilisierungsmechanismus EMS würde ab dem Jahr 2013 künftig die Wirtschaftspolitik in der EU koordiniert, um Haushaltsschieflagen von Mitgliedsstaaten der Eurozone zu vermeiden. Kurzum: Der EMS dient nach Koschyks Worten einzig und allein der Krisenprävention.

Zudem habe Deutschland durchgesetzt, dass es im Fall eines weiteren „Griechenlandpakets" auch zu einer privaten Gläubigerbeteiligung kommen müsse. Eine Insolvenz, wie sie auch von einigen Politikern aus CDU/CSU und FDP gefordert werde, könne ähnlich fatale Folgen haben wie die Insolvenz von Lehman Brothers, sagte Koschyk.

Deutliche Kritik übte Hartmut Koschyk an den Rating-Agenturen. Diese hätten bereits in den Jahren der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise total versagt. Deshalb sollten sich Investoren eher an den Prognosen der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds und weniger an der Beurteilung der Rating-Agenturen orientieren, so Koschyks Philippika (siehe Interview). Die Rahmenbedingungen einer geordneten Insolvenz eines Euro-Mitgliedslands sollten jedoch von den EU-Institutionen ernsthaft diskutiert werden. J.S. ■

INTERVIEW

„Portugal und Irland auf dem richtigen Weg“

Hartmut Koschyk zum EU-Rettungsschirm, der Rolle der Rating-Agenturen und der Forderung nach einem transparenteren Regelwerk.

Der Selbständige: Die Rating-Agentur Moody´s hat die Bonitätsnote für Portugal um gleich vier Stufen auf „Ramschstatus“ gesenkt. Teilen Sie die Einschätzung der Rating-Agentur oder halten Sie die Bewertung für Schwarzmalerei?

Hartmut Koschyk: Die Rating-Agenturen haben in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit ihren Einschätzungen von Marktentwicklungen vielfach versagt. Insofern halte ich auch die Bewertung der Rating-Agenturen für Portugal für falsch. Gerade Portugal hat nach Einschätzung der Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission ein mutiges und engagiertes Reformprogramm auf den Weg gebracht, das inzwischen greift. Insofern kann man Portugal, aber auch Irland, konstatieren, bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise auf dem richtigen Weg zu sein. Das, was jetzt in diesen beiden Ländern umgesetzt wird, hat mit „Ramschstatus“ auch gar nichts zu tun.

Der Selbständige: Finanzminister Schäuble wird von Reuters mit den Worten zitiert: „Wir müssen das Oligopol der Rating-Agenturen aufbrechen.“ Wie soll das geschehen?

Koschyk: Ich bin sehr dafür, dass sich auch Rating-Agenturen einem Regelwerk zu unterwerfen haben. Das heißt, auch Rating-Agenturen sollten selbst transparent bewertet werden. Viel wichtiger erscheint mir allerdings, deutlich zu machen, dass auch andere Institutionen die Fortschritte bei der Überwindung der Staatsschuldenkrise beurteilen können. Ich darf noch einmal die Europäische Zentralbank und den Internationalen Währungsfonds erwähnen. Wenn diese günstigere Zukunftsprognosen ausstellen als die eine oder andere Rating-Agentur, sollten sich die Märkte eher an diesen Voten orientieren.

Der Selbständige: Der Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, Thomas Straubhaar, wird mit den Worten zitiert: „Die Rating-Agenturen haben inzwischen auch eine politische Macht erlangt, die es ihnen erlaubt, die Regierungen vor sich herzutreiben.“ Ist es hilfreich oder möglich, den Rating-Agenturen grundsätzlich Bewertungen von Ländern zu untersagen, die sich unter den EU-Rettungsschirm begeben haben?

Koschyk: Ich glaube nicht, dass das der richtige Weg wäre. Die Staaten, die unter dem Rettungsschirm sind, werden wieder das Vertrauen der Anleger, der Märkte und der öffentlichen Meinung erlangen, wenn sie mit ihren Reformansätzen Erfolge erzielen.

Der Selbständige: Da nach Ihren Worten Rating-Agenturen nicht immer fehlerfrei arbeiten, müsste die falsche Bewertung eines Staates doch auch Regressansprüche nach sich ziehen.

Koschyk: Ich bezweifle, ob man dies international rechtlich verbindlich regeln kann. Aber es gibt Ansätze im zivilrechtlichen Bereich. So musste die Agentur S & P dem italienischen Lebensmittelkonzern Parmalat wegen einer falschen Bewertung 784.000 Euro Entschädigung zahlen. Inwieweit so etwas auch auf die Bewertung von Ländern übertragen werden kann, ist sicherlich einer Überprüfung wert. Zumal dann, wenn durch eine falsche Beurteilung eine ganze Volkswirtschaft in Gefahr gebracht wird.

Der Selbständige: Nun kommt keine einzige der großen Rating-Agenturen aus Europa. Glaubt man Presseberichten, so spielt die EU mit dem Gedanken, eine eigene Bewertungsagentur zu gründen. Unterstützt Ihr Haus dieses Vorhaben?

Koschyk: Eine staatlich gelenkte Rating-Agentur kann nie Marktvertrauen erzielen. Natürlich würde auch ich begrüßen, wenn sich eine europäische und international anerkannte Rating-Agentur in Europa aus dem Markt heraus etablieren würde. Dies muss aber das Ergebnis eines Marktprozesses sein und nicht das politische Produkt der Europäischen Union.

Das Gespräch führte Joachim Schäfer.

„Alles, was zur Stabilisierung der gemeinsamen europäischen Währung auf den Weg gebracht worden ist, steht mit nationalem Verfasssungsrecht im Einklang. Wir bewegen uns im verfassungsmäßigen Rahmen.“

Hartmut Koschyk